



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Sparopfer Bezirke +++ HSH Schlammschlacht +++ Verkehr im Verzug +++ Wohntristesse +++ Menschenkette +++

Hamburgs Bezirke – die ersten Sparopfer



Die neu-alte schwarz-grüne Koalition in Hamburg bleibt dabei: Dem in der Wirtschaftskrise aufgebauten Schuldenberg müsse mit einer rigorosen Sparpolitik begegnet werden. Der neue Erste Bürgermeister der Stadt, Christoph Ahlhaus (CDU), weiß, dass das schwierig wird, sieht aber keine Alternative: »Ich glaube, die Menschen wissen sehr genau, dass der Staat sparen muss. Wir werden zwar keinen Beliebtheitspreis gewinnen, wenn wir die Sparmaßnahmen im Einzelnen darlegen. Es wird viel Ärger in der Stadt geben, es wird viel Kritik geben. Mein Anspruch ist, das so gerecht und nachvollziehbar wie möglich zu gestalten.« Bereits auf den Weg gebrachte Maßnahmen wie die Erhöhung der Kita-Gebühren und die Verteuerung des Kita-Mittagessens auch für Kinder von SozialleistungsempfängerInnen sollen trotz massiver Proteste nicht korrigiert werden. Dies ist zwar weder »gerecht« noch »nachvollziehbar«, entspricht aber ganz dem noch von Ole

von Beust vorgegebenen Credo, dass die Zeit des »Wünsch-dir-Was« vorbei sei.

Auf dieser Linie liegt auch der »Stabilitätsbericht 2010«, den Hamburg dem Stabilitätsrat, der über die Haushaltslage und -politik von Bund und Ländern wacht, vorgelegt hat: »Der Senat hat in seinen Beratungen (...) für die Planung der Doppelhaushalte 2011 und 2012 sowie die Mittelfristige Finanzplanung entschieden, für die Jahre ab 2011 zunächst eine strukturelle Konsolidierungsleistung in einem Umfang von anfänglich 510 Mio. Euro vorzusehen. (...) Mit Hilfe von Strukturmaßnahmen, die noch deutlich über das kurzfristig angestrebte Konsolidierungsvolumen von rd. 510 Mio. Euro hinausgehen, wird das strukturelle Finanzierungsdefizit (...) schrittweise weiter (...) verringert werden können.«

Nun sind die Zahlen, mit denen diese Politik begründet wird, schon teilweise von der Wirklichkeit überholt. Die Er-

holung der Konjunktur hat zu einer Verbesserung der Steuereinnahmen im laufenden Jahr geführt. Setzt sich der aktuelle Trend fort, könnte Hamburgs Steueraufkommen im Jahr 2010 ca. 600 bis 800 Mio. Euro höher ausfallen als im Haushaltsplan unterstellt.

Gleichzeitig wird im laufenden Jahr bei den Personalausgaben und Investitionen kräftig gespart. Für 2010 geht der Senat von Minderausgaben beim Personal von sage und schreibe 200 Mio. Euro aus. Von den für dieses Jahr geplanten Investitionen in Höhe von 1,3 Mrd. Euro wurden bis zum 30. Juni gerade einmal 430 Mio. Euro realisiert. Setzt sich das fort, »spart« der schwarz-grüne Senat etwa 500 bis 600 Mio. Euro bei den Ausgaben für die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Auch bei den Zinsen ergeben sich erhebliche Einsparpotenziale. Saldiert man höhere Einnahmen und sinkende Ausgaben, könnte sich die Haushaltssituation gegenüber der Planung um fast eine Mrd. Euro verbessern.

Durch diese Entwicklung gewinnt der amtierende Senat finanzpolitischen Spielraum. Die für dieses Jahr geplante Aufnahme von Krediten in Höhe von 2,1 Mrd. Euro fällt deutlich niedriger aus. An der strukturellen Schieflage der öffentlichen Finanzen ändert sich dadurch wenig. Der Schuldenberg steigt durch den geminderten Steuerausfall und die geringeren Kreditaufnahmen der diversen Sondervermögen nur etwas langsamer auf über 30 Mrd. Euro an.

Klug ist die vom Senat praktizierte Haushaltspolitik nicht. Was als solide Konsolidierungspolitik daher kommt, gefährdet vielmehr die aktuelle wirtschaftliche Erholung. Denn die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ist keineswegs nachhaltig und kann auch wieder kippen.

Der Senat will trotzdem zu einer radikalen Rotstiftpolitik übergehen und riskiert einen Rückschlag für die Hamburger Wirtschaft. Wie die 510 Mio. Euro jährlich im Betriebshaushalt eingespart werden sollen, ist bisher allerdings erst in groben Zügen bekannt. Klar wurde in den vergangenen Tagen aber, dass das nach Überzeugung von Finanzsenator Carsten Frigge (CDU) ohne massiven Beschäftigungsabbau im öffent-

lichen Dienst (der Abbau von beispielsweise 5.000 Arbeitsplätzen würde zu einem Sparvolumen von 250 Mio. Euro pro Jahr führen) und drastische Abstriche bei den öffentlichen Dienstleistungen nicht zu haben sein wird. Zwei Kommissionen sind damit beschäftigt, die Details auszuarbeiten und sorgen mit dem, was bisher schon bekannt geworden ist, für helle Aufregung in der Stadt.

So auch bei den Bezirken, für die der neue Erste Bürgermeister die bisherige Grundlinie der Senatspolitik bestätigt. »In erster Linie muss es darum gehen, die Verwaltung zu verschlanken und effektiver zu gestalten. Deshalb müssen wir uns alle Verwaltungsstrukturen der Stadt, also auch in den Bezirken, anschauen.«

Als Element einer solchen »Verschlankung« wurden Pläne zur Abschaffung der BezirksamtsleiterInnen mit ihrem Personalstab lanciert. Gegen diese Überlegungen gab es so massive Widerstände, dass sie schon wieder vom Tisch sind. Dafür stehen nun die 22 Elternschulen zur Disposition. Damit könnten die Bezirke zwei Mio. Euro und der Senat 1,6 Mio. Euro sparen. Auf wenig Gegenliebe dürfte auch der Plan stoßen, die gerade für Familien am Wochenende so wichtigen Wildgehege in Niendorf aufzugeben (Einspareffekt: 100.000 Euro).

Es soll die BürgerInnen tatsächlich auf allen Ebenen treffen: durch die Abschaffung der Seniorenberatung (2,85 Mio. Euro), der Umweltberatung (350.000 Euro) und des Schul(zahn)ärztlichen Dienstes (4 Mio. Euro), drastische Kürzungen bei der sowieso schon unterbesetzten Wohnungspflege (250.000 Euro) und den Bürgerhäusern (2 Mio. Euro) etc. (Hamburger Abendblatt vom 8.9.2010). Um es an den letztgenannten Einrichtungen für den Bezirk Mitte im Zeitraum 2011 bis 2014 zu veranschaulichen: Hier soll es das Bürgerhaus Wilhelmsburg (minus 64.100 Euro), das Freizeithaus Kirchdorf-Süd (minus 8.050 Euro) und das Zentrum in der Horner Geest (minus 3.850 Euro) treffen, durchweg Einrichtungen in benachteiligten Quartieren mit hohem Armuts-Anteil.

Dabei hatten die Bezirke doch bereits umfangreiche Vorschläge zu Leistungskürzungen, Rationalisierungen, Verkauf

joachimbischoff.de

Ab sofort erscheinen aktuelle Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner neuen Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Also lieber einmal mehr dort vorbeischaun!



von Grundstücken und Gebührenerhöhungen gemacht, die sich auf etwa 47 Mio. Euro addierten. Das reichte dem Senat aber nicht. Um das gesamte von ihnen abgeforderte Sparvolumen von 65,4 Mio. Euro zu erzielen, wurden und werden die Bezirke unter Druck gesetzt, die Personalkosten durch noch mehr Outsourcing und Ausdünnung der öffentlichen Versorgung zu senken. Daher die Vorschläge zur Abschaffung der Bezirksamtsleitungsstrukturen oder der Elternschulen.

Der Eimsbütteler Bezirksamtsleiter Torsten Sevecke (SPD) befürchtet einen 25prozentigen Personalabbau für sein Bezirksamt. Besonders hart dürfte die Bezirksversammlungen auch die mögliche Streichung der bezirklichen Sondermittel (5,1 Mio. Euro) treffen, und nicht nur die Bezirksparlamente, sondern auch die Menschen vor Ort. Mit Hilfe dieser frei zu vergebenden Mittel konnte in der Vergangenheit so mancher Einrichtung und vielen Projekten gerade (noch) rechtzeitig die entscheidende Zuwendung gewährt werden. Unter Druck geraten wird nicht zuletzt die bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit. Hier sieht der Senat unter der irreführenden Kategorie »Überprüfung und Neuorientierung« eine »haushaltsentlastende Wirkung«, lies: die Streichung von 0,5 Mio. Euro im Jahr 2011 und jeweils 1 Mio. in den Jahren 2012 bis 2014 vor. Allein auf den Bezirk Mitte entfällt eine »Konsolidierungsquote« von 96.000 Euro 2011 und 192.000 Euro 2012. Weitere Säue werden ganz sicher noch durch die Bezirke getrieben werden. Diese Art »Konsolidierungspolitik« mag zwar dazu führen, dass Hamburg beim Stabilitätsrat (vorläufig) nicht auffällig wird, aber sie ist konzeptionslos, weil sie

- erstens ökonomisch kontraproduktiv ist. Die Kürzungen bei den Personal- und Sozialausgaben und die Gebührenerhöhungsorgie schwächen die Einkommen der Beschäftigten und der BürgerInnen und gefährden dadurch den fragilen ökonomischen Erholungsprozess.
- zweitens einen Beitrag zur Vertiefung der sozialen Spaltung darstellt. Die öffentlichen Dienstleistungen, auf die gerade BürgerInnen mit schmalen Geldbeutel angewiesen sind, werden weiter eingeschränkt.
- drittens einen Beitrag zur weiteren Entdemokratisierung der Stadt bedeutet. Die Rechte der Bezirke werden massiv verletzt. Diese werden zu Erfüllungsgehilfen einer falschen Senatspolitik degradiert.

Dass der schwarz-grüne Senat in den Umfragen seine politische Mehrheit verloren hat, ist angesichts dieser Regierungspraxis keineswegs überraschend und die Fortsetzung der Koalition (zumindest für die CDU) nach dem Rücktritt Ole von Beusts die logische Folge.

Wer keinen Plan hat, wie Hamburg aus der Krise herauskommen kann, aus Verzweiflung in die Bildung von Sondervermögen flieht und die Staatsverschuldung unkontrolliert in die Höhe treibt, an finanziell völlig aus dem Ruder laufenden Projekten wie der Elbphilharmonie festhält und mal eben sieben Milliarden Euro für die HSH Nordbank versenkt, gleichzeitig die Kita-Gebühren erhöht und die Bezirke schröpft, muss sich nicht wundern, wenn dieses nur noch autoritär durchsetzbare Politikmanagement die Mehrheit der BürgerInnen in Zukunft noch weniger überzeugen wird.

Die Schlamm Schlacht geht weiter



Die Financial Times Deutschland überraschte am 10. September mit folgender Schlagzeile und nachfolgender Argumentation: »Die Zeit ist reif für einen Putsch in der HSH Nordbank. Hilmar Kopper macht einen groben Fehler: Nicht unbedingte Treue zu seinem Vorstandschef ist die erste Pflicht des HSH-Aufsichtsratschefs – sondern unbedingte Aufklärung.

Hilmar Kopper muss etwas falsch verstanden haben. Als ihn die Eigentümer der HSH Nordbank vor gut einem Jahr fragten, ob er nicht Aufsichtsratschef der Landesbank werden wolle, ging es vor allem um Ruhe und Seriosität für das

marode Geldinstitut der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg. (...) Kopper verlässt mit seiner Nibelungentreue zum Vorstandschef Dirk Jens Nonnenmacher die Rolle des unbefangenen Kontrollleurs, der das Wohlergehen der Bank in den Vordergrund zu stellen hat, nicht das eines Männerduos. Mehrfach hat Kopper sein Verbleib im Amt an das Schicksal Nonnenmachers gekettet: Wenn Nonnenmacher gehen müsse, werde er auch gehen, betont er immer wieder. Es gebe niemanden, der die Bank operativ besser führen könne als der 47 Jahre alte habilitierte Mathematiker.

Kopper müsste sich seiner Sorgfaltspflicht aus dem Aktiengesetz – die HSH ist eine AG – erinnern: Das Wohl des Unternehmens steht an erster Stelle, nicht das der auf Zeit berufenen Personen, die es führen. Die anderen Aufsichtsräte sind nun gefragt. (...) Eine interessante Frage wird jetzt sein, wer die Verantwortung dafür übernimmt – wenn der eigentlich dafür vorgesehene Mann sie beiseiteschiebt. (...) Die HSH Nordbank gehört zwar wie die meisten anderen Landesbanken auch dem Steuerzahler. Deren gewählte Vertreter in den Landesregierungen aber halten sich zurück – mit Ausnahme reflexartiger Aufrufe zur Aufklärung.»

Was ist der Hintergrund für diese Aufforderung zum Putsch, die sicherlich auch keine Aufforderung zu einer rechtsstaatlichen Aufklärung und Sanierung ist?

Ende August sind neue Fakten und Details über die internen Schlammschlachten bei der HSH Nordbank ans Licht der Öffentlichkeit gekommen. Mit eindeutig rechtswidrigen Methoden hat das Führungspersonal der Bank unliebsame Mitarbeiter aus dem Unternehmen gedrängt (ich habe darüber im BürgerInnenbrief vom 1.9. ausführlich berichtet). Trotzdem ist Dirk Jens Nonnenmacher noch immer Vorstandsvorsitzender. Die Anteilseigner Hamburg und Schleswig-Holstein schauen diesem Treiben nach wie vor tatenlos zu.

Mit großer Sorge verfolge ich die Entwicklung in der HSH Nordbank, weil das interne Intrigenspiel des Managements und die damit verbundenen gesetzeswidrigen Handlungen deren Sanierung ernsthaft gefährden. Hamburg und Schleswig-Holstein wollen diesem Treiben offensichtlich immer noch kein Ende setzen und räumen dem Aufsichtsrat erneut vier Wochen Zeit ein, um insbesondere die Vorwürfe gegen Vorstandschef Dirk Jens Nonnenmacher aufzuklären. Das ist ein Spiel mit dem Feuer.

Durch die Schlammschlacht innerhalb des Managements wird die Entwicklung zu einem wieder geordneten Geschäftsbetrieb aufs Spiel gesetzt, die in die Gesundung investierten Steuermilliarden sind der Einsatz. Die Anteilseigner dürfen dem nicht länger zusehen, sondern müssen umgehend für Aufklärung und eine personelle Neubesetzung sorgen.

Verkehr im Verzug

Drei aktuelle Beispiele machen deutlich, dass die Hamburger Verkehrspolitik deutlich im Verzug ist:

Beim in vielen Punkten durchaus sinnvollen Stadtbahnprojekt bleibt mitten in der Finanzkrise die Seriosität der Kostenberechnungen in Frage gestellt. Klar ist, dass sich die Behörde beim Bau der gerade mal 2,8 km kurzen U4-Strecke zwischen dem Jungfernstieg und der HafenCity einmal mehr verrechnet hat: Statt der ursprünglich geplanten 255 Mio. Euro sind es nach einer ersten revidierten Kalkulation im Jahre 2007 gut 43 Mio. und einer weiteren, im August 2010 vorgenommenen Korrektur nochmals 39,25 Mio. Euro mehr geworden, zusammen also fast 340 Mio. Euro. Zurzeit! Jahrzehntelang hatten u.a. Steilshoop (rund 20.000 EinwohnerInnen) und auch der Osdorfer Born (gut 10.000 BewohnerInnen) eine

Die personellen Schlammschlachten passen ins Bild, sind aber bezogen auf die Unterstützungsgelder aus den öffentlichen Haushalten nicht der Kern des Problems. Das Kernproblem der HSH Nordbank ist das Desaster zweier Provinzbanken, die sich zusammenschlossen, um Global-Player zu spielen, die die Spielregeln der internationalen Finanzmärkte nicht kannten und deswegen mit dem Geld der Bürger aus Schleswig-Holstein und Hamburg gnadenlos scheiterten. Das höhere Risiko der Geschäfte wurde vom Führungspersonal der Bank bewusst in Kauf genommen, um die Profite zu realisieren, und offen und naiv in den Befragungen auch zugegeben.

Nach einem Verlust von 2,8 Milliarden Euro im Jahr 2008 waren die Zahlen auch noch im Jahr 2009 tiefrot: minus 679 Millionen Euro. Man sei nach einer »Radikalkur« zwar wieder »zukunftsfähig«, lässt Bankchef Nonnenmacher verlauten, die »Phase des Umbruchs« aber sei noch nicht vorbei. Die Altlasten – faule Wertpapiere, problematische Kredite – belasten die Bank bis heute. Deshalb wird die Bank auch 2010 nicht aus den roten Zahlen kommen, erst ab 2011 ist eine ausgeglichene Bilanz vorgesehen. Wann der Staat sein Geld wieder sieht, steht in den Sternen.

Klar ist, dass die Länder ihren Anteil an der Bank auf Druck der EU mittelfristig senken müssen. Neue Investoren sollen Anteile von Hamburg und Schleswig-Holstein übernehmen, das ist für die Jahre nach 2013 geplant. Die EU-Kommission besteht auch auf einer Schrumpfung des Finanzinstituts. Die Bilanzsumme fiel im vergangenen Jahr um 33 Milliarden auf rund 176 Milliarden Euro. Sie soll weiter auf 100 Milliarden Euro sinken. Dazu soll die Bank ganze Geschäftsfelder (man nennt diese »nichtstrategisch«) abstoßen und viele Kredite auslaufen lassen. Vorerst jedoch trüben noch dunkle Wolken der Finanzkrise über dem Immobilienbereich und der Schiffssparte die Aussichten der Bank. Die meisten ihrer »toxischen« Papiere kommen ohnehin in die hauseigene Bad Bank namens »Restructuring Unit«. Wohin das führen kann, hat gerade das Beispiel HypoRealEstate gezeigt: Weitere Nachschüsse auf Kosten der SteuerzahlerInnen.

Anbindung an das U-Bahn-Netz gefordert, vergeblich. Die HafenCity dagegen (geplante 15.000 EinwohnerInnen) bekommt stattdessen eine U-Bahn, deren Kosten von Halbjahr zu Halbjahr immer höher werden und deren Nutzen mehr als fragwürdig bleibt.

Seit Ende der 1980er Jahre wird über eine S4-Verbindung von der Innenstadt nach Ahrensburg diskutiert, sehr zum Wohle der Bevölkerung, die bisher auf die im 30-Minuten-Takt fahrende Regionalbahn angewiesen ist. Die Schaffung eines neuen Gleises würde aber auch für die Entlastung des bisweilen vor dem Kollaps stehenden Knotenpunkts Hauptbahnhof eine absolut sinnvolle Maßnahme darstellen. Doch das den möglichen Ausbau mitfinanzierende Bundesverkehrsministerium hat nun behauptet, das prognostizierte Fahrgastaufkom-



Die Hafencity wird angebunden, Steilshoop und Osdorfer Born nicht

men bis 2025 würde den Ausbau nicht rechtfertigen. Bezeichnend: Das dieser These zugrunde liegende Gutachten ist bis heute nicht veröffentlicht worden.

Am 15. September steht die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße und zugleich der Ausbau zu einer 28 m breiten »Stadtautobahn« auf der Tagesordnung der Bürgerschaft. Der Senat hat sich in den vergangenen Monaten von den massiven Protesten der Wilhelmsburger Bevölkerung nicht beeindruckt lassen, hat so genannte Beteiligungsverfahren durchgeführt und am Ende festgestellt, es gebe einen Dissens zwischen den Behördenplanungen und den Bevölkerungsvorstellungen. Nun musste die zuständige Senatorin einräumen, dass der Zeitplan – die neue Straße soll bis zur IBA/igs 2013 fertiggestellt sein – wohl nicht einzuhalten ist. Zahlreiche GrundeigentümerInnen und KleingärtnerInnen kündigen bereits jetzt massiven Widerstand gegen die Enteignungsverfahren an. Auch diese Kostenkalkulation muss als halbseiden charakterisiert werden. 57 Mio. Euro steuert die Bundesregierung bei, für Planungskosten muss Hamburg 9,6 Mio. Euro berappen, für den Umbau weitere 10,4 Mio. Euro (über die letztgenannte Summe soll in der Bürgerschaft entschieden werden). Bei dieser Aufstellung bleibt z.B. der mit

bis zu 60 Mio. Euro berechnete Lärmschutz außen vor – eine Angelegenheit der Bundesregierung, die für den nationalen Lärmschutzfonds aber gerade einmal rund 100 Mio. Euro zur Verfügung hat. Pikant dürfte es werden, sollte die neue Strecke nicht rechtzeitig zum Start von IBA/igs im Jahre 2013 fertig sein. Dann muss Hamburg nämlich einen temporären (also erst auf-, dann wieder abgebauten) Lärmschutz bauen, der die Stadt einige Millionen Euro kosten dürfte.

Diese drei Beispiele machen deutlich: Die großen Verkehrsvorhaben sind nicht vernünftig durchgerechnet, sondern sorgen allenfalls als Leuchtturmprojekte für Blau- oder Blindäugigkeit beim Senat und insbesondere bei Frau Hajduk. Bürgerbeteiligung und Transparenz sind eine Schimäre, die den Menschen vorgegaukelt wird, damit Ruhe herrscht und die Planungen eins zu eins realisiert werden können.

Leider ruft die Verkehrspolitik bisher zu wenig Widerstand hervor. Was in anderen Bereichen (Stichwort »Recht auf Stadt«) an Initiativen- und Protestkultur selbst auf Stadtebene bereits existiert, muss für den Verkehr erst noch entwickelt werden. DIE LINKE sollte dabei einer der Motoren sein, geht es doch auch um viele Millionen Euro, deren sinnvolle Ausgabe keineswegs sichergestellt ist.

Wohnungs-Tristesse in Widerstand umkehren!

Die Probleme in der Wohnungspolitik, aber auch die Auseinandersetzungen in der Stadt spitzen sich zu:

- Michael Sachs, seit einem Vierteljahr »Wohnungsbaukoordinator«, zuvor u.a. Vorstandsmitglied des städtischen Wohnungskonzerns SAGA GWG, darf in seiner neuen Funktion zur Entschärfung der Misere beitragen – in einem 272-PS-Dienstwagen, wie es sich offenbar »gehört«.
- Das Statistikamt Nord vermeldet, dass zum Jahresende 2009 in Hamburg insgesamt 17.630 Haushalte »Wohngeld

als Zuschuss zu den Aufwendungen für ihren Wohnraum erhalten«, 45% mehr als ein Jahr zuvor. Die das Wohngeld voraussetzende Einkommensarmut trifft vor allem die Single-Haushalte (Zunahme von 2008 auf 2009: 59%), aber auch Dreipersonenhaushalte (plus 45%).

- Für die Erschließung der Harburger Schlossinsel werden 43 Mio. Euro aus Steuermitteln bereitgestellt, um einem Investor den Bau von 162 Luxusetablissemments (14 bis 17 Euro je Quadratmeter!) zu ermöglichen. Pro Edelwohnung

werden 265.432 Euro vom Steuerzahler aufgebracht. Mit der Gesamtsumme hätte man ohne Schwierigkeiten rund 500 Sozialwohnungen bauen können.

- Die Mieten steigen und steigen: »Im letzten Jahr sind die Netto-Kaltnieten um 8,2% gestiegen«, so die anerkannte »Mietenwohnungsstudie« des Gymnasiums Ohmoor. »Das bedeutet, ein Vermieter kann in Hamburg durchschnittlich bis zu 10,10 Euro pro qm verlangen.« Von rapiden Preissprüngen berichtet auch SPIEGEL ONLINE am 5. September: Danach sind die Durchschnittsmieten in Hamburg 2009 um 7% angestiegen. Auf der Basis von Berechnungen der »Empirica-Preisdatenbank« (insetierte Angebotspreise für 60- bis 80qm-Wohnungen mit gehobener Ausstattung, gebaut ab 2000) sind die durchschnittlichen Neuvertragsmieten gegenüber 2009 mittlerweile auf 11,03 Euro, d.h. um 7,4% angewachsen (BILD vom 7.9.2010).
- Das Netzwerk »Recht auf Stadt« veranstaltet »Fette Mieten Partys«. Wohnungsbesichtigungen werden angesichts des Wohnraum Mangels und völlig überhöhter Mietpreise zu einem Happening umfunktioniert.
- Der Verein »Mieter helfen Mietern« erstattet Strafanzeige wegen anhaltenden Leerstandes einiger Dutzend Wohnungen im Schanzenviertel. Der Senat antwortet auf meine Kleine Anfrage zum Thema, er wisse nichts von einem seit mehr als zehn Jahren in St. Georg leer stehenden Wohnhaus, würde nun aber mal nachschauen.
- Ca. 1,2 Mio. Quadratmeter Büroraum stehen in Hamburg leer (fast 10% des Bestandes), trotzdem wird weiter gebaut (z.B. in der HafenCity). Der Forderung nach einer Umwidmung von leer stehendem Büro- in Wohnraum begegnet der Senat - freundlich formuliert - verhalten. Auf meine Frage, wie er gedenke, mit dem Problem umzugehen, antwortet er lapidar: »Für die in städtischem Besitz leer stehenden Büroflächen bestehen einzelfallbezogen Vermietungs- oder Verkaufsoptionen«.

Auch wenn mitunter die Problemlage erkannt wird - unbefragt und zufällig spricht Wohnungsbaukoordinator Sachs nicht von einer »schreienden Wohnungsnot« -, werden im Einzelfall die falschen Akzente gesetzt:

- Die SAGA-Mieten steigen doppelt so schnell wie die Mieten im Hamburger Durchschnitt. Mit den eingenommenen Renditen in Höhe von 100 Mio. Euro. jährlich werden

keine neuen Sozialwohnungen gebaut, sondern das Stadtsäckel aufgebessert.

- Der Masterplan für die östliche HafenCity sieht zwar den Bau von 2.800 Wohnungen »mit hohen ökologischen Standards« vor, gleichzeitig ist dort zweimal so viel Fläche für den Neubau von Büroimmobilien vorgesehen.
- Seit Monaten sind die Übernachtungsstätten für Obdachlose überbelegt. Der Mietwucher bei zu groß angegebenen und damit zu teuer vermieteten Wohnungen und Kellerabsteigen stinkt zum Himmel. »Team-Arbeit Hamburg« geht zurzeit von ca. 100 Wohnungen aus, die mindestens um 10% unter der von den Vermietern angegebenen Quadratmeterzahl bleiben und von der Stadt jahrelange überteuert bezahlt wurden. Was tut der Senat? Sozialsenator Wersich eiert bei den vom CDU-Ex-Deputierten Thorsten an TransferleistungsempfängerInnen vermieteten 250 Wohnungen herum. Des Senators Vorschlag, gegebenenfalls leer stehende Liegenschaften umzunutzen und für benachteiligte Bevölkerungsgruppen zur Verfügung zu stellen, kommentiert die Stadtentwicklungsbehörde mit den Worten, dass man sich »nicht zuständig« fühle.

Den Spekulanten und den politisch Verantwortlichen muss Druck gemacht werden - mit Diskussionen, Initiativen und Aktionen. Die Fette-Mieten-Partys sind ein ermunternder Anfang. Weitere Aktionen stehen an: Zum einen die **»Nacht der Wohnungsnot« am 23./24. September**. Zwischen 20 Uhr abends und 8 Uhr am nächsten Morgen veranstaltet ein Aktionsbündnis aus kirchlichen und sozialpolitischen Initiativen ein »Sleep Out« am Michel. Zu Musik, heißer Suppe, Getränken und Gesprächen sind alle eingeladen, die den von Obdachlosigkeit Betroffenen solidarisch zur Seite stehen wollen (mehr unter www.bagw.de).

Zum zweiten bereitet das Bündnis »Leerstand zu Wohnraum« (u.a. Gruppen aus dem Umfeld von »Recht auf Stadt«, »Hinz & Kunzt«, »Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V.«) eine **»Demonstration für den 23. Oktober«** vor. Konkretes Ziel ist der Ausräumung auf St. Pauli, in dem seit seinem Umbau 2007 rund 70% der rund 11.300 qm leerstehen! »Seid kreativ, bringt Möbel, Topfpflanzen, Kopfkissen etc. mit«, heißt es im Demoauf-ruf (Kontakt über leerstandzuwohnraum@gmx.de).

Die Tristesse der Wohnungspolitik in Protest und Widerstand umkehren! DIE LINKE ist dabei.

Komm in die Gänge!

Anlässlich des ersten Jahrestages der Gängeviertel-Initiative hat die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN die Broschüre »Als Hamburg in die Gänge kam« herausgegeben. Autoren sind Norbert Hackbusch, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion, sowie Christoph Twickel vom Netzwerk »Recht auf Stadt« und Initiator des Manifests »Not in our name, Marke Hamburg!«.

Norbert Hackbusch diskutiert die Bedeutung der Gängeviertel-Debatte für den kultur- und stadtentwicklungspolitischen Diskurs in der Stadt. Christoph Twickel beschreibt, wie sich die Initiative »Komm in die Gänge« erfolgreich entwi-

ckeln konnte und welche Rolle sie für das Netzwerk »Recht auf Stadt« hat.

Die Broschüre ist in allen Fraktions- und Parteibüros der LINKEN kostenfrei erhältlich (z.B. in der Borgfelder Straße 83 oder im Internet unter www.linksfraktion-hamburg.de).



Kettenbildung: Gerecht geht anders!

Die Hamburger Gewerkschaften, der Sozialverband Deutschland und attac – unterstützt von diversen weiteren Organisationen und der LINKEN – bilden am **Donnerstag, den 30. September** eine Menschenkette gegen Sozialabbau und Privatisierung. Sie soll sich von der Elbphilharmonie bis zur Finanzbehörde erstrecken.

Diverse Gruppen und Organisationen haben jeweils einen Streckenabschnitt von 100 Metern übernommen. Die Treffpunkte werden mit einem Schild »Achtung: Hamburg gerät in Schieflage« markiert (sie sind im Einzelnen aufgeführt unter www.gerecht-geht-anders-hamburg.de).

Symbolisch verbunden werden Hamburgs herausragender Leuchtturm, der für ungerechte Verteilung und soziale Spaltung steht, mit der dafür die Verantwortung tragenden Senatsbehörde. Die Menschenkette symbolisiert den Protest gegen die anstehenden Sparmaßnahmen des Senats und die Forderung nach einer solidarischen Stadt.

Bis 17:00 Uhr soll die Kette geschlossen sein, danach wird sie in Form einer Demonstration von der Elphi zum Gänsemarkt »aufgerollt«, dort findet um 18:15 Uhr eine Abschlusskundgebung statt.



Einspruch: Googles Public Viewing

Zum Jahresende plant Google, auch die fotografierten Hamburger Straßen- und Häuserbilder ins Internet zu stellen. Dagegen regt sich Widerstand. Auch wenn bereits heute im Netz gespeicherte Informationen über einzelne Personen abgerufen werden können, muss man es Ausspähern, Knallchargen und Personalchefs (die bereits jetzt BewerberInnen gerne mal »googlen«) nicht noch leichter machen. Google Street View musste die Einspruchsfrist bis zum 15. Oktober verlängern. Auch MieterInnen können geltend machen, dass ihr Haus bzw. ihre Wohnung auf den Bildern geschwärzt werden. Da-

für muss man auf www.google.de/streetview Fragen beantworten, die nicht gerade nach Datenschutz klingen. Allerdings sichert Google zu, dass die Ausblendung ganzer Häuser bzw. Etagen nach einer kurzen Sicherheitsrückmeldung erfolgt. Auch sollen die übermittelten persönlichen Daten »sicher verwahrt« und nach drei Monaten gelöscht werden. Skepsis bleibt angesagt. Richtig ist allerdings auch: Wessen Haus oder Wohnung erst einmal im Netz mit Adressenangabe aufrufbar ist, wird nach Mitte Oktober keine Chance mehr haben, dort wieder zu verschwinden.

Kulturtipps: Die Stadt gestalten!



Geelke Gaycken und Sonja Vordermaier inmitten ihrer Skulpturen

Am **22. September** lädt die »Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung« zu einer Diskussion **»Pullover oder Heizung? Sozialökonomische Folgen des Klimawandels auf den Wohnungsmarkt«** mit Udo Smetan (Mieter helfen Mietern) und Thomas Köchig (Neue Lübecker Norddeutsche Baugenossenschaft) ein (18:30 Uhr im Amerika Centrum in der Hafencity, Am Sandtorkai 48; mehr unter www.srl.de).

Am **24. und 25. September** geht es auf einer Fachtagung von »Stattbau Hamburg« und »wohnbund e.V.« um **»Urbane Zukünfte – Impulse für Wohnen, Quartiere und Stadtentwicklung«**, also um die Situation von Wohnprojekten und Genossenschaften, neue Wohnformen und -konzepte (Veranstaltungsort: ehemalige HWP, Von-Melle-Park 9). Der nicht gerade sozialverträgliche Teilnahmebeitrag beträgt 80 Euro (ermäßigt 40 Euro). An gleicher Stelle und den gleichen beiden Tagen finden (mit einem Teilnahmebeitrag von 8 bzw. 5 Euro indes deutlich preisgünstiger) die »9. Hamburger Wohnprojekte-Tage« statt. Näheres unter www.stattbau-hamburg.de.

Am **2. und 3. Oktober** (von 13:00 bis 18:00 Uhr bzw. 11:00 bis 16:00 Uhr) veranstaltet der Hamburger Landesverband der LIN-

KEN im Rahmen seines Fortbildungsprogramms ein Wochenendseminar zu »Gentrifizierung« (Ort: Kreuzweg 7 in St. Georg). Michael Joho wird erklären, was das eigentlich ist, und über die Alternativen zu **»Immer schicker, immer teurer?«** und das »Recht auf Stadt« diskutieren (das komplette Fortbildungsprogramm der LINKEN gibt es unter www.die-linke-hh.de).

Umstritten (weil IBA-nah und »gentrifizierungsverdächtig«), dennoch sehenswert: **»Aussicht auf Veränderungen«**, ein Kunst-Parcours unter offenem Himmel. Längsseits der S-Bahn-Linie 3 gibt es bis zum 3. Oktober zum Beispiel am Ausgang Hafentor der Landungsbrücken einen Großfernseher, über den permanent Reportagen aus Hamburger Stadtteilen laufen. Im Alten Elbtunnel stellen auf 465 Metern der Berliner Streetart-Künstler Thomas Wiczak und 65 SchülerInnen aus Kirchdorf-Süd Bilder zu »Wie fühlt sich Zuhause an?« aus. Nahe der S-Bahn-Haltestelle Veddel haben Geelke Gaycken und Sonja Vordermaier eine Anzahl Skulpturen im Hafenbecken zu Wasser gelassen. Und auf dem Parkdeck des Marktkauf-Parkhauses Wilhelmsburg wird die etwas seltsam anmutende Installation »Probewohnen« gezeigt – umstritten halt (Details unter www.mitwisser.net).

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**